



Beschlussempfehlung

—

Ausschuss für Inneres und Sport

Schutzsuchenden helfen - Integration befördern - Kosten gerecht verteilen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/2251**

Berichterstattung: Mitglied des Landtages Siegfried Borgwardt

Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag unter Mitwirkung des Ausschusses für Finanzen, den genannten Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Schutzbedürftigen helfen - illegale Migration bekämpfen - gerechte Lastentragung bei der Aufnahme von Migranten

1. Der Landtag von Sachsen-Anhalt steht dafür ein, dass anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge in Deutschland Schutz erhalten und somit hier aufzunehmen und zu integrieren sind. Gelungene Integration setzt, dem Grundsatz des Förderns und Forderns folgend, neben staatlichen Maßnahmen wie einem schnellstmöglichen Zugang zu Sprachkursen und Beschäftigung insbesondere auch die Akzeptanz unserer gesellschaftlichen Ordnung und Grundwerte durch die Schutzsuchenden voraus.
2. Der Landtag von Sachsen-Anhalt ist der Auffassung, dass Deutschland und einzelne Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), die derzeit Hauptzielländer einer erheblichen Fluchtmigration sind, die durch Krieg oder individuelle Verfolgung, teilweise aber auch durch den Wunsch auf ein besseres Leben, motivierte Zuwanderung nicht allein bewältigen können. Erforderlich ist ein gemeinsames und solidarisches europäisches Handeln zur Bewältigung der hohen Migrationszahlen. Dabei ist Schutzbedürftigen unter lastengerechter Einbindung aller Mitgliedstaaten schnell Schutz zu gewähren und bestmöglich

eine Integration zu gewährleisten. Irreguläre Migration über die EU-Außengrenzen und innerhalb der EU ist entschieden zu unterbinden. Alle Ankommenden sind bereits an den EU-Außengrenzen konsequent zu überprüfen und zu registrieren. Gegen Schleuser, die am Leid der Menschen verdienen, ist entschlossen vorzugehen. Migranten, die keines Schutzes bedürfen und die kein Bleiberecht erhalten, sind schnell in ihre Herkunftsländer oder in sichere Drittstaaten zurückzuführen, ohne dass sie in einen EU-Mitgliedstaat ihrer Wahl illegal weiterreisen können.

3. Der Landtag von Sachsen-Anhalt begrüßt insofern, dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) nach einem mehrjährigen Diskussionsprozess nunmehr reformiert und für Asylsuchende mit voraussichtlich geringer Bleibeperspektive bereits an den Außengrenzen der EU ein rechtsstaatliches Asylverfahren durchgeführt werden soll. Er bittet die Landesregierung, diesen Reformprozess auf Bundesebene zu unterstützen. Er bittet die EU und ihre Institutionen sowie die Bundesregierung, den Reformprozess zügig und im Bewusstsein der Verantwortung für das Fortbestehen des europäischen Binnenraumes als Raum der Freiheit und Sicherheit des Rechts zum Abschluss zu bringen.
4. Der Landtag von Sachsen-Anhalt begrüßt vor dem Hintergrund der erheblich gestiegenen Zugangszahlen von Asylsuchenden den von dem Bundeskanzler und den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder in ihrer Besprechung am 6. November 2023 gefassten Beschluss zur Flüchtlingspolitik als einen ersten wichtigen Schritt. Er nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass Migrationsabkommen mit relevanten Herkunftstaaten zur Rücknahme ihrer ausreisepflichtigen Staatsangehörigen abgeschlossen und dazu Gespräche mit diesen Staaten auf höchster Ebene und sehr zeitnah durchgeführt werden sollen. Er begrüßt insbesondere verstärkte Kontrollen an den deutschen Grenzen, die beschleunigte Durchführung von Asylverfahren und die Verbesserung und Beschleunigung der Rückführung von Ausreisepflichtigen, die im Ergebnis des Asylverfahrens keines Schutzes bedürfen.
5. Der Landtag von Sachsen-Anhalt teilt die Zielsetzung des Bundeskanzlers und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder, Barauszahlungen an Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einzuschränken und hierfür eine Bezahlkarte einzuführen, die auf bundeseinheitlichen Mindeststandards beruht. Er begrüßt, dass die Landesregierung sich bei der Einführung einer derartigen Bezahlkarte einbringt.
6. Der Landtag von Sachsen-Anhalt befürwortet die höhere Beteiligung des Bundes an den Migrationskosten in Ländern und Kommunen, insbesondere auch zu den flüchtlingsbezogenen Kosten der Unterkunft. Er begrüßt insofern, dass zumindest ab dem nächsten Jahr die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Migration im Wege einer jährlichen Pauschale je Asylerstantragsteller erfolgt. Damit wird in Zukunft ein wirksamerer Beitrag des Bundes an den Kosten zur Bewältigung der Fluchtmigration geleistet.

7. Die Landesregierung wird gebeten, sich auf Bundesebene auch weiterhin für eine Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten einzusetzen und die Umsetzung des einheitlichen, auf Vorschlag von Sachsen-Anhalt getroffenen Beschlusses der Innenministerkonferenz vom Juni 2023 zur Aufnahme von Indien, Armenien und den Maghreb-Staaten voranzutreiben.“

Abstimmungsergebnis: 7 : 6 : 0

Matthias Büttner (Staßfurt)
Ausschussvorsitz